

Öffentliche Sitzung
des Haushaltsausschusses
am Mittwoch, den 13.12.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 18:46 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

ab 16:14 Uhr.

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Zeno Bouillon

Herr Helmuth Caesar

Herr Franz Geberth

Frau Gabriele Goldbach

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Frau Ute Meinke

Herr Helmut Ott

Herr Dieter Popp

Herr Thomas Ringel

Frau Stefanie Schwarz

Gast

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Abwesend:**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Haushaltswirksame Anträge zum Haushaltsentwurf 2024/2025
 - 1.1** Erhöhung der Förderung aus dem Programm "Jung kauf Alt"
 - 1.2** Zusätzliche Personalstelle als Springer im Bereich Jugendarbeit
 - 1.3** Rendezvous in Schwäbisch Gmünd – Gartenschaujubiläen 2014/2019
 - 1.4** Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer
 - 1.5** Förderung von Dorfvereinen/Bürgervereinen
 - 1.6** Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes aus dem Jahr 2015
 - 1.7** Sirenen
 - 1.8** Untersuchung des Haushalts durch externen Partner
 - 1.9** Aufgabenkritik / Ausgabenreduzierung um 5 % pro Jahr
 - 1.10** Haushaltsstrukturkommission
 - 1.11** Erhöhung der Mittel für echte Klimainvestitionen
 - 1.12** Grüne Urbanität
 - 1.13** Entschädigung für Mitglieder des Gemeinderats / Kosten für Betreuung
 - 1.14** Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts
 - 1.15** Stand geplante Investitionen Haushaltsjahr 2023
 - 1.16** Ausbau und Sanierung Feuerwehrgebäude Florian Innenstadt
 - 1.17** Feuerwehr Degenfeld
 - 1.18** Feuerwehr Herlikofen
 - 1.19** Anpassung Stellplatzablöse
 - 1.20** Beauftragung externes Büro vertiefte Wärmeplanung
 - 1.21** Förderprogramm Balkonkraftwerke
 - 1.22** Planung Fahrradstraße Schwerzerallee
 - 1.23** Vorplanung Sanierungsgebiet Schmiedgassen

- 1.24** Verbesserungsvorschläge interfraktionelle Radgruppe umsetzen
- 1.25** Jährlicher Zuschuss an das Kulturcafe Paletti
- 1.26** Klimaaktionsplan für Schwäbisch Gmünd
- 1.27** Hallenbad
- 1.28** Stadtbibliothek
- 2** Satzung über die Erhebung der Realsteuern
- 3** Bekanntgaben
 - 3.1** RTL-Dokumentation
- 4** Anfragen
 - 4.1** Zukunft der Klinik
 - 4.2** Hochwasserschutz

zu 1 Haushaltswirksame Anträge zum Haushaltsentwurf 2024/2025
Vorlage: 230/2023

zu 1.1 Erhöhung der Förderung aus dem Programm "Jung kauf Alt"

Protokoll:

Stadtrat Sopp/CDU äußert, dass die Antwort der Verwaltung das bestätige, um was es in dem Antrag gehe. Das Programm sei völlig uninteressant. Man solle es so gestalten, dass es am Ende des Tages eine höhere Summe sei, weil es sich am Ende auszahle. Über die Höhe der Summe könne man diskutieren.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, wenn es attraktiver werden solle, sei man gerne bereit, es zu überdenken. Zur Erhöhung der Beträge äußert er, dass es eine Freiwilligkeitsleistung, eine Subvention, sei. Im Haushalt sei es noch nicht etatisiert. Man müsse es über Schulden finanzieren, die man nicht machen dürfe. Über die Ausgestaltung des Programms könne man gerne nochmals sprechen.

Stadtrat Sopp/CDU antwortet, dass die Höhe des Fördertopfes ausreichend sei, in den letzten vier Jahren seien 50.000 Euro abgerufen worden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die Anregung gerne aufnehme.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Antrag. Das Programm sei bisher relativ unbekannt. Die Fraktion sehe es in Zusammenhang mit der Nutzung von Wohnraum, also mit der Attraktivitätssteigerung des Verkaufs von gebrauchten Häusern. Man habe in Schwäbisch Gmünd viel Wohnraum, der momentan nicht genutzt werde. Das Geld für die Modernisierung sei das eine, aber um das Programm zu befördern, müsse die Zielgruppe, die verkaufen könnte, stärker angesprochen werden. Dies wäre in Zusammenhang mit der Überarbeitung des Programms wichtig.

Stadträtin Heusel/SPD schließt sich den Ausführungen an. Wenn in den letzten Jahren nur ein Drittel abgerufen worden sei, müsse man nachsteuern. Sie erkundigt sich, ob es hier schon Überlegungen gebe.

Herr Popp antwortet, dass man das Programm „Jung kauft Alt“ habe. Ein Problem sei das Kriterium gewesen, dass die Förderung nur möglich gewesen sei, wenn die Immobilie noch nicht erworben worden sei. Einige Anträge seien daher abgelehnt worden, weil die Objekte schon gekauft worden seien. Man müsse dies anpassen. Die Förderrichtlinien seien in der Praxis verbesserungswürdig. Der Betrag von 150.000 Euro beziehe sich nicht nur auf „Jung kauft Alt“, sondern es seien zehn Förderbausteine, die man habe.

Die antragstellende Fraktion ist mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.2 **Zusätzliche Personalstelle als Springer im Bereich Jugendarbeit**

Protokoll:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.3 **Rendezvous in Schwäbisch Gmünd – Gartenschaujubiläen 2014/2019**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert den Sachverhalt. Er entschuldigt sich, dass die Informationen so spät eingebracht worden seien. Man wolle nächstes Jahr nochmal einen Akzent setzen. Man mache nichts Neues, sondern konzentriere die Kräfte. Mit der grünen Urbanität werde man nochmals gesondert ins Gremium kommen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen antwortet, dass die Antwort der Verwaltung nicht den Anträgen entsprechen würde. Man wolle konkrete Zahlen zur Durchführung, zum eingesetzten Personal, einen Budgetplan etc.

Herr Bouillon antwortet, dass die Veranstaltungen von der Touristik & Marketing GmbH koordiniert werden würden. Es finde keine dritte Gartenschau statt, sondern ein „normaler“ Gmünder Sommer. Man präsentiere alles unter der Dachmarke „Jubiläum“. Personaltechnisch sei er auch mit seinen Mitarbeitern involviert, weil viele Projekte sowieso geplant gewesen seien. Auch die Stadtgärtnerei sei beteiligt, der blühende Stadtrundgang sei nichts Neues.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man es seit mehreren Jahren mache, dass man sich mehrmals im Jahr treffe und sich um die Grünpflanzen kümmere. Zum Beispiel pflanze man im Herbst Tulpenzwiebeln, es seien 23.000 Tulpenzwiebeln allein im Stadtgarten. Dies habe man gemacht, weil man gewusst habe, dass man es unter

eine Dachmarke bringen wolle. Im Himmelsgarten werde man zahlreiche Ehrenamtlichen an verschiedenen Stellen haben, die die Attraktionen, unter anderem die Kugelbahn, aufrechterhalten würden. Als Dankeschön gebe es einmal im Jahr ein Essen mit dem Oberbürgermeister. Ohne die Ehrenamtlichen würde es gar nicht gehen. Der zweite Aspekt betreffe die Gäste, die nach Schwäbisch Gmünd kommen würden. Man erwarte, dass man von außen Leute anziehe. Dann müsse man aber auch etwas bieten. Im Himmelsgarten koste der Park bis heute keinen Eintritt. Es sei die einzige Anlage in der Umgebung, die so hochwertig sei und keinen Eintritt koste. Man solle es besser nach außen vermarkten. Man müsse die Dinge nur besser zusammenfassen. Man sollte auch für die eigenen Bürger viel bieten, da man jetzt schon wisse, dass es ein schwieriges Jahr werde. Man tue daher gut daran, dass man mit der ein oder anderen Maßnahme Freude bereite.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass unstrittig sein, was stattfinden solle. Es gehe um die Kosten, die immer noch nicht durchsichtig und einsichtig seien. Am 04.10.2023 habe man in der Gemeinderatssitzung eine Übersicht beantragt, damit man vergleichen könne, ob es Mehrkosten gebe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es keine zusätzlichen Zahlen gebe, die berichtenswert seien.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. bedankt sich für den Vortrag. Man werde von den Bürgern angesprochen, wegen Feuerwehr etc. Wenn man im gleichen Zeitraum so etwas nach außen trage, in dieser Zeit ein Sonderprogramm auferlege und sich das Arbeitsvolumen zutrage, dann erwarte er als Stadtrat eine frühzeitige Einbindung. Dies sei wichtig, damit man auch in der Kommunikation mit der Bürgerschaft klarmachen könne, dass es haushalterisch keine Auswirkungen habe. Man wisse, dass das Personal unter Dauerspannung sei. Es gebe keinen Bereich in der Verwaltung, der nicht dauerbelastet sei. Es gebe auch Pflichtaufgaben. Daher wolle man eingebunden werden in die Frage, ob es die Personalkapazitäten gebe, um solche Sonderaufgaben zu bewältigen. Daher bittet er darum, dass man künftig frühzeitig eingebunden werde, was es in der Konsequenz bedeute, damit man der Bürgerschaft auch Rede und Antwort stehen könne. Er sei oft gefragt worden, ob es wirklich sein müsse. Er erkundigt sich, ob man sagen könne, dass andere Projekte hintenanstehen würden oder ob man dies ausschließen könne. Außerdem erkundigt er sich, wann die grüne Urbanität eingebracht werde und ob es zeitlich reichen werde, die Bäume für das Rendezvous noch zu pflanzen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er bereits gesagt habe, dass es ihm leid tue, dass die Informationen so spät gekommen seien. Man habe viele Projekte. Man habe Bildung vor die Klammer gestellt. Das Rendezvous stehe nicht auf der ersten Priorität. Es seien gewaltige Herausforderungen, die man bewältigen müsse. Zum Thema Geld äußert er, dass es kein Projekt gebe, das wegen des Gmünder Sommers nicht durchgeführt werde. Den Gmünder Sommer habe man aus Vermarktungsgründen unter die Dachmarke Rendezvous gestellt. Man benötige mehr Angebote für Kinder und Familien, dies solle im Vordergrund stehen. Es werde nichts gemacht, was auf Kosten des Personals gehe. Es würden nur Dinge umgesetzt, die man bereits besprochen und geplant hatte.

Herr Bouillon äußert, dass beim Garten- und Friedhofsamt fünf Landschaftsarchitekten tätig seien, die sehr gut ausgelastet seien. Man nehme jedoch die vorhandenen Projekte.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass man etwas machen müsse, um die Innenstadt für Familien zu gestalten. Man akzeptiere es. Man sei mit der Jubiläumsgartenschau gestartet. Man habe 2017/2018 den Gmünder Sommer abgeschafft, weil es zu viel gewesen wäre. Auf der Grundlage habe man immer nachgefragt und habe keine Antworten bekommen. Die Entschuldigung akzeptiere sie. Man habe die Erfahrung gemacht, dass man die Kostensituation zu spät auf den Tisch bekomme. Die Informationen seien sehr oberflächlich. Sie möchte daher eine Aufstellung haben. Ansonsten könne man nichts vergleichen. Außerdem stehe in der Vorlage, dass Sponsorengelder für weitere Highlights erworben werden sollten. Sie erkundigt sich, ob diese für weitere Maßnahmen eingesetzt werden sollen oder für bereits geplante. Außerdem möchte sie wissen, was passiere, wenn die Gelder nicht kommen würden. Sie bittet um den Kostenrahmen, den man geplant habe. Hierzu würden auch die Personalfragen gehören. Man solle eine umfassende Information geben.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man eine dauerhafte Gartenschaufäche habe, was andere Städte nicht hätten, da sie aus dem Gartenschaugelände ein Baugebiet machen würden. Es funktioniere nur, weil man Ehrenamtliche habe. Viele Veranstaltungen hätten auch in der Vergangenheit ohne Sponsorengelder nicht stattfinden können. Er trete an mögliche Sponsoren heran und schaue, was dann komme und schaue, wie man es einsetzen könne. Aber immer mit der Marke Rendezvous und mit dem Ziel, dass Kinder und Familien im Mittelpunkt ständen. Im Himmelsgarten müsse man in nächster Zeit auch Einiges renovieren.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste freut sich darauf. Es sei sehr gut für die Stadt. Der Himmelsgarten sei ein Selbstläufer. In Barnsley gebe es einen Springbrunnen im Einkaufszentrum. Das Rendezvous sei eine gute Sache, die Fraktion werde sicherlich dahinterstehen.

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass man damit werben und Besucher in die Stadt locken solle. Es dürfe nicht zulasten von Kitas, Schulen, Feuerwehren etc. gehen. Man hoffe, dass man viele Sponsoren finde. Erst in zwei oder drei Jahren werde man erfahren, was es nachher koste. Er habe jedoch die Befürchtung, dass vieles zum Nachteil der Stadtteile erfolge. Er erkundigt sich daher, was dort passieren werde.

Herr Bouillon antwortet, dass man es mit dem bestehenden Budget wiederbeleben wolle. Es gebe zum Beispiel bereits die Pflanzbeete in den Kreisverkehren. Man wolle es einheitlich gestalten, aber man dürfe keine Wunder erwarten.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass das größte Wunder der Himmelsgarten und der Stadtgarten sei. Er werde bis zum Ältestenrat einen Vorschlag machen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.4 Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer

Protokoll:

Die antragsstellenden Fraktionen sind mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.5 Förderung von Dorfvereinen/Bürgervereinen

Protokoll:

Stadtrat Sopp/CDU äußert, dass man in den vergangenen Jahren gesehen habe, dass die Stadtteile kürzer gekommen seien als die Innenstadt. Daher habe man über das bürgerschaftliche Engagement die Aktionen gefördert. Man werde schauen, wie es sich entwickle mit der Abschaffung der unechten Teilortswahl und der Stärkung der Ortsteile. Sollte ein Bedarf in zwei Jahren bestehen, werde man nochmals einen konkreten Antrag stellen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.6 Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes aus dem Jahr 2015

Protokoll:

Stadtrat Maihöfer/CDU äußert, dass man mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden sei. Man dränge darauf, dass die Fortschreibung in diesem Doppelhaushalt gemacht werde, ggf. auch mit Unterstützung von Fachpersonal. Die Aufgaben seien in den vergangenen Jahren mehr geworden. Man solle es daher jetzt schon angehen und nicht auf 2026 schieben. Man halte daher den Antrag aufrecht.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man sich über die Notwendigkeit einig sei. Bei zwei Dingen habe man eine andere Auffassung – beim Zeitpunkt und bei dem, was man erwarten dürfe. Dass man es mit externer Hilfe mache, sei keine Frage. Man habe noch Hausaufgaben offen. Der Feuerwehrbedarfsplan sei ein Optimum, das man zu erreichen versuche. Wenn man den Florian so umsetze, habe man

noch nicht das Optimum erreicht, weil man an diesem Standort und mit den vorhandenen Ressourcen nicht alles umsetzen könne. Man habe die Sorge, wenn man es jetzt mache, dass man im Wesentlichen die Ergebnisse erhalte, die dem bestehenden Plan entsprächen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Maihöfer an. Auch wenn Dinge noch nicht umgesetzt seien, hindere es einen nicht daran, weiter zu denken und weiter zu planen. Die gesetzlichen Vorgaben würden sich hinsichtlich der Quadratmeterzahl und der Fläche ändern. Man solle es daher aufgreifen und fortschreiben, 2026 sei zu spät.

Herr Hägele antwortet, dass im Bedarfsplan stehe, wo sich die Feuerwehr hin entwickeln sollen. In Weiler sei es fast umgesetzt. Beim Florian Innenstadt sei man seit vergangenen Freitag in der intensiven Planung. Aus dem alten Plan könne man erkennen, was gefordert sei. Dies liege bereits vor. In Herlikofen habe man die Zeit, das Projekt aufgrund der Fortschreibung zu entwickeln.

Herr Reick schließt sich den Ausführungen von Herrn Hägele an.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die Befürchtung habe, dass man die Dinge aus dem alten Plan noch gar nicht umgesetzt habe und dann schon wieder einen neuen aufsetze.

Stadtrat Maihöfer/CDU erkundigt sich, ob der Feuerwehrbedarfsplan aktuell noch stimmig sei.

Herr Reick antwortet, dass dies momentan in Ordnung sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.7 Sirenen

Protokoll:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.8 Untersuchung des Haushalts durch externen Partner

Protokoll:

Stadtrat Baumhauer/CDU äußert, dass man mit der Antwort der Verwaltung einverstanden sei.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass der Antrag mit den fünf Prozent in eine konkrete Richtung gegangen sei. Die Verwaltung sehe jedoch nicht das Potenzial. Der Haushalt beginne am 01.01. Wenn man bis in den Herbst warte, bis man in den Prozess einsteige, sei dies zu spät. Es sei nicht notwendig, so lange zu warten. Alle Fraktionen hätten die Frage gestellt, wie man den Haushalt verbessern könnte. Den Weg könne man diskutieren, Herbst sei jedoch zu spät. Es sei immer etwas übriggeblieben, es sei nicht systematisch. Vor allem im investiven Bereich oder bei den Personalkosten, da Stellen eine Zeit lang nicht besetzt werden konnten. Mit diesem Geld würde man Lücken schließen. Man sollte daher baldmöglichst einsteigen und überlegen, wie man bei den verschiedenen Punkten vorankomme.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man sich diesen Anträgen nicht versperre. Es stecke viel Mühe dahinter, diesen Haushalt genehmigungsfähig aufzustellen. Es müsse so gemacht werden, dass es möglichst effektiv sei. Man habe die globale Mindererausgabe bereits eingespeist. Es sei immer gelungen, das Einsparpotenzial zu nutzen.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man sich grundsätzlich gewünscht hätte, schnellstmöglich in die Strukturdiskussion einzusteigen. Man sehe die Problematik mit der Wahl des neuen Gemeinderats. Grundsätzlich könne man damit konformgehen, dass man in die dezidierte Haushaltsberatung im Herbst einsteige. Zur Haushaltskonsolidierung äußert sie, dass der Gemeinderat nicht beteiligt gewesen sei, da der Gemeinderat die Prioritäten ggf. anders setzen würde. Wenn der Entwurf eingebracht werde, sei die Zeit für größere Korrekturen nicht gegeben. Es sei eine grundsätzliche Diskussion, die man führen müsse. Man wünsche sich eine Zusammenfassung der Wünsche der Fachämter und der Stadtteile. Es wäre gut, wenn man mit einbezogen werden würde. Nach der Sommerpause solle man in eine erste Runde der Haushaltsdiskussion einsteigen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass er hierbei zwei Schwierigkeiten sehe. Das eine sei das System. Der Gemeinderat dürfe erwarten, dass die Verwaltung einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorlege. Die Verwaltung habe auch eine Politik, diese mache der Oberbürgermeister. Vom Hochbauamt würden zum Beispiel viele Vorschläge kommen, zu diesen Listen bedürfe es viel Erläuterung. Die Mitglieder des Gemeinderats dürften gerne zu den Gesprächen dazukommen, das sei aus seiner Sicht aber eine zeitliche Überforderung.

Stadträtin Heusel/SPD antwortet, dass man nicht bei allen Gesprächen dabei sein müsse.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die Anregung gerne aufnehmen werde.

Stadtrat Sopp/CDU bringt zum Ausdruck, dass man wieder zum verabschiedeten Schuldenabbaukonzept zurückkommen wolle. Das Eingesparte müsse man daher auch einsparen und nicht wieder ausgeben.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass sie sich noch an die letzte Haushaltsstrukturkommission erinnern könne. Am Ende scheitere es an Partikularinteressen, es sei sehr wenig dabei herausgekommen. Sie wisse daher nicht, ob eine Haushaltsstrukturkommission so sinnvoll sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.9 Aufgabenkritik / Ausgabenreduzierung um 5 % pro Jahr

Protokoll:

Siehe TOP 1.8.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.10 Haushaltsstrukturkommission

Protokoll:

Siehe TOP 1.8.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.11 Erhöhung der Mittel für echte Klimainvestitionen

Protokoll:

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass der Hintergrund bei Klimainvestitionen ein anderer sei. Es gehe nicht um die 10 Mio. Euro, aber man müsse ein

Budget ansetzen. Die Halle beim Scheffold-Gymnasium sei auf 2026 aufgeschoben, diese solle man vorziehen.

Erster Bürgermeister Baron findet den Begriff der „echten“ Klimainvestitionen schwierig. Er erkundigt sich, ob es auch unechte oder falsche Klimainvestitionen gebe. Nicht überall, wo Klima draufstehe, sei auch Klima drin. Wenn man von „echten“ Investitionen spreche, müsse man eine eigene Definition bringen. Persönlich am schwersten sei ihm das Aufschieben der Hallensanierungen auf 2026 gewesen, aber dies gehe nicht anders. Die Fraktion würde immer von „verfügbaren Mitteln“ sprechen, er wisse nicht, was man darunter verstehe. Man gehe mit dem Haushalt an die äußerste Grenze, es gebe nichts Verfügbares. Wenn man das Tempo erhöhen wolle, müsse man die Prioritäten anders setzen und sagen, wo man die Mittel wegnehme.

Oberbürgermeister Arnold ist der Meinung, dass der Begriff der „echten“ Klimainvestition irritierend gewesen sei. Er habe den Antrag etwas anmaßend empfunden.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bittet um Verzeihung, wenn der Begriff für Irritation gesorgt habe. Damit sei nicht gesagt, dass man keine echten Klimainvestitionen mache, darauf habe man auch in der Haushaltsrede hingewiesen. Der Hintergrund sei, dass es um Klimainvestitionen gehe. Die Frage sei, wie man vorankomme. Es stelle sich die Frage, wo das Kapital herkommen solle. Auch die Stadtwerke, Bürgerenergien oder Genossenschaften könnten es realisieren. Man könne gerne darüber diskutieren, aber auch diese müssten das Kapital zunächst aufbringen. Wie man die Stadtwerke mit mehr Kapital ausstatte, darüber müsse man sprechen, ebenso bei der Bürgerenergie oder den Genossenschaften. Aber die Initiative müsse aus einem Beschluss eines städtischen Gremiums kommen. Zur Verschuldung hinsichtlich der Zukunftsinvestitionen ist er der Auffassung, dass die Schuldenbremse diskussionsfähig sei, hierzu gebe es verschiedene Ansichten. Man solle das Geld nicht einsparen, sondern in die Zukunftsinvestition „Klima“ investieren.

Erster Bürgermeister Baron hält die Diskussion für nicht schlüssig, wenn man einerseits fünf Prozent der Ausgaben einsparen und nun doch wieder ausgeben solle.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.12 Grüne Urbanität

Protokoll:

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass in Zeiten knapper Kassen alle Maßnahmen effektiv sein müssten. Das Fontänenfeld sei mit 50.000 Euro im Haushalt eingestellt. Man halte es als Einzelmaßnahme nicht für sinnvoll. Wenn man ein Gesamtkonzept erstellen wolle, sei man einverstanden. Man wolle Bäume auf dem Marktplatz. Man wolle

effektive Maßnahmen. Es gebe viele Dinge, die man umsetzen könne, z.B. eine Fassadenbegrünung oder Wasserwände. Es gebe viele Dinge, aber 50.000 Euro für einen Wasserspielplatz in der Stadt, der eventuell von Kindern bei milderem Temperaturen genutzt werde, sei zwar toll anzusehen, aber nicht sinnvoll eingesetzt.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass Stadträtin Heusel die finanziellen Auswirkungen richtig beschrieben habe. Beim Fontänenfeld habe sie sicherlich ein genaues Bild vor Augen, das sie beurteile. Dies sei jedoch zu früh. Es sei nicht die einzige Maßnahme, mit der das Klima verbessert werden würde. Es gebe auch nicht den einen Baum, mit dem das Klima besser sei, sondern es seien immer Bausteine. Das Element Wasser sei für das Mikroklima ein wesentlicher Baustein. Man werbe daher dafür, den Betrag stehen zu lassen. Dann könne man darüber diskutieren, ob es ein Wasserspielplatz oder etwas Anderes werde.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass damit immer die Planungen gemeint seien. Man wolle auch von anderen Städten lernen. Man solle nach Karlsruhe, Mannheim oder zu den Partnerstädten schauen. Diese hätten oft an zentraler Stelle ein Fontänenfeld, weil es anlocke und Aufenthaltsqualität biete. Man solle es daher prüfen, wie es verwirklicht werden könne.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, ob die Mittel in Höhe 240.000 Euro für Baumpflanzungen in 2024 bereits die Bäume für die Bocksgasse etc. seien.

Herr Bouillon antwortet, dass man dran sei, die Bäume am Bockstorplatz und Schattentheaterplatz zu pflanzen. Es seien die Bäume, die bereits vorgestellt worden seien. Auch am Johannisplatz werde man es umsetzen, dies gehe jedoch aktuell aufgrund des Weihnachtsmarktes nicht. Das Fontänenfeld sei eine effektive Maßnahme, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Es würden aber auch viele andere Sachen dazu gehören.

Stadtrat Baumhauer/CDU weist darauf hin, dass man in der Haushaltsberatung und nicht in der inhaltlichen Beratung sei, wie man es konkret umsetze. Entweder solle man den Ansatz streichen oder sagen, dass man es für etwas Anderes einsetze. Aber die inhaltliche Diskussion führe man im KUEBA. Nun inhaltlich zu diskutieren, bringe nichts.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass das Fontänenfeld nur beschlussfähig sei, wenn man wisse, was der Betrieb koste. Außerdem erkundigt er sich nach dem Zeitplan.

Herr Bouillon antwortet, dass man verschiedene Maßnahmen bei der grünen Urbanität besprochen habe. Man setze das Programm der zukunftsfähigen Innenstadt um. Die Begrünung des Marktplatzes sei ein wichtiges Thema. Es brauche auch Mittel für die Detailplanung und für die Umsetzung. Für die Realisierung müsse man mit mehr Geld rechnen, auch beim Fontänenfeld.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. gibt Stadtrat Baumhauer Recht. Die Sorge, die er aus dem Antrag herauslese sei jedoch, dass der Gemeinderat frühzeitig eingebunden werden wolle. Bezüglich der Begrünung solle der Gemeinderat frühzeitig eingebunden werden. Zum Thema Rendezvous erkundigt er sich, wo die Bäume gepflanzt werden würden

und ob dies noch pünktlich erfolgen könne.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste fühlt sich eingebunden und fände es toll, wenn das Element Wasser am Unteren Marktplatz eine Heimat bekomme. Es schaffe eine tolle Aufenthaltsqualität.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.13 Entschädigung für Mitglieder des Gemeinderats / Kosten für Betreuung

Protokoll:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass es darum gehe, dass künftig mehr als eine Stadträtin, die auf eine Kinderbetreuung angewiesen sei, im Gremium vertreten sei. Mit 20 Euro könnten die Betreuungskosten nicht gedeckt werden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man es mit hineingenommen habe um zu zeigen, dass es eine gute Anregung sei. Damit nicht der Eindruck entstehe, dass es nicht in Anspruch genommen werde und gleichzeitig, dass eine Erhöhung keine große Auswirkung auf den Haushalt habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.14 Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts

Protokoll:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.15 Stand geplante Investitionen Haushaltsjahr 2023**Protokoll:**

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.16 Ausbau und Sanierung Feuerwehrgebäude Florian Innenstadt**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man die Sanierung in verschiedenen Abschnitten machen werde.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass im Mai die Bauabschnitte festgelegt werden sollen und man mit dem Umbau des alten Gebäudes beginne wolle. Er erkundigt sich, ob man Möglichkeiten sehe, die Planungen zum Start des Neubaus bereits 2024 und 2025 zu ermöglichen und ob es weitere Gelder in den Jahren 2026 f. benötige.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Feuerwehrrumbau nicht mit 3,8 Mio. Euro abgeschlossen sei. Man plane das Ganze. Aber man baue in Bauabschnitt 1 und 2. Im Doppelhaushalt 2026/2027 müssten Mittel enthalten sein, um die Gesamtplanung, die man nun mache, realisieren zu können. Dies bereite man nun vor.

Stadträtin Heusel/SPD ist der Auffassung, dass man sich nicht jetzt festlegen solle, dass man sich zunächst auf den Altbau konzentriere. Man solle die Detailplanung abwarten und dann entscheiden wie man vorgehe.

Herr Caesar äußert, dass man bis Mai eine vertiefte Kostenschätzung und damit eine sehr gute Grundlage für die Beratung habe. Man müsse sich nach und nach vorarbeiten, weil nicht mehr Geld zur Verfügung stehe. Man habe noch keine Detailplanung. Erst dann könne man die genauen Abschnitte definieren, man gehe aber von alt nach neu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.17 **Feuerwehr Degenfeld**

Protokoll:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.18 **Feuerwehr Herlikofen**

Protokoll:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.19 **Anpassung Stellplatzablöse**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. führt aus, dass man an einem Kompromiss interessiert sei, stelle aber fest, dass man auseinanderliege. Man liege weit entfernt von den Nachbarstädten. Man hätte damit ein gewisses Steuerungselement. Mit den Einnahmen könne man den ÖPNV und den Ausbau der Radwege finanzieren, daher stellt sich die Frage, ob man sich hier etwas angleichen könne.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es ein Hemmnis für alle sei, die in der Innenstadt investieren möchten. Gegenüber Einnahmensteigerungen sei man wohlwollend aufgeschlossen, aber es spreche so viel dagegen, dies habe zum Beispiel auch die Schließung des Café Ex Libris gezeigt. Die Erreichung des Ziels, der Altstadt mehr Attraktivität zu geben, sei daher höher zu priorisieren.

Herr Groll führt aus, dass beim Leerstandsmanagement die Hoffnungen vor allem bei der Gastronomie gelegen seien. Die aktuellen Beispiele würden jedoch zeigen, dass man diese Hoffnung nicht mehr habe. Es werde daher immer schwieriger, Nutzungsänderungen zu machen. Bei der Gastronomie seien die Stellplätze baurechtlich festgelegt, das Land wolle dies nun ändern.

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

zu 1.20 **Beauftragung externes Büro vertiefte Wärmeplanung**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. ist mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Es sei überall eindeutig zu vernehmen, dass eine große Enttäuschung vorliege. Dies liege vielleicht auch daran, dass eine falsche Erwartungshaltung geweckt worden sei. Die Stadt sollte ein großes Interesse daran haben, dass die Bürger informiert seien. Es bringe wenig, wenn es jetzt keine Planung gebe und die Bürger Einzelheizungen einbauen würden. Es gebe gute Büros, die für einen überschaubaren Betrag solche Planungen machen würden. Man solle daher Angebote einholen, was eine vertiefte Wärmeplanung kosten würde, damit man frühzeitig die Bürger mitnehmen könne.

Herr Geberth antwortet, dass man mit Bettringen nun beginne. Viele Ortschaften würden zum Kreis der Auserwählten zählen. Man müsse versuchen, das Kapital der Bürger in Anspruch zu nehmen. Auch die Stadtwerke würden dazugehören. Letztlich müsste aber das Land ein Wirtschaftsprogramm auferlegen. Es müsse rentabel sein, ein Wärmenetz zu planen. Man könne einen Kostenvoranschlag einholen. Problem sei aber, dass man nicht das Geld haben werde, um die Umsetzung in Auftrag zu geben. Die Studie veralte außerdem, wenn sie nicht zeitnah umgesetzt werde.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es noch nicht reif sei.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass man den Spielraum im Haushalt haben müsse, wenn man eine Möglichkeit sehe. Man solle sich daher erkundigen, was die Planung für das gesamte Stadtgebiet kosten würde.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass Erwartungen auf Bundesebene geweckt worden seien, die an die Kommunen weitergereicht worden seien. Man habe das erfüllt, was man musste und darüber hinaus. Man müsse schauen wie man weitermache. Dies hänge entscheidend von den Rahmenbedingungen ab.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.21 Förderprogramm Balkonkraftwerke

Protokoll:

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. äußert, dass Stand August 2023 25 Mittelstädte in Baden-Württemberg dies umsetzen würden. Dass man es aufgrund zu hoher Nachfrage stoppen müsse, sei kein Argument, denn dann dürfe man Vieles nicht machen. Man wolle die Klimaziele erreichen und man sehe, dass es immer schwieriger werde. Klimamaßnahmen seien auch eine Frage der Finanzierung. Ein Balkonkraftwerk sei zumindest ein Puzzlestück, bei dem man sage, dass auch die Mittelschicht dazu beitragen könne, die Klimaziele zu erreichen. Man müsse einen Impuls setzen und Marketing-Instrumente nutzen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass die Verwaltung das Mieterstrommodell auch aktiv angehen solle. Es sei ein tolles Instrument, die VGW mache dies in Einzelfällen. Man solle es prioritär behandeln. Man solle einen runden Tisch machen und es aktiv verfolgen.

Herr Bantel findet das Modell sinnvoll, auch die Mieter würden davon profitieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.22 Planung Fahrradstraße Schwerzerallee

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass die Übergänge das Problem seien. Man müsse attraktive und sichere Übergänge bieten, ansonsten sei es nicht attraktiv. Außerdem müsse der Weg kürzer sein, es dürften keine Umwege entstehen, sonst sei es ebenfalls nicht attraktiv.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass er keine Möglichkeit sehe, beim jetzigen Haushalt die Schwerzerallee umzusetzen. Es bringe nichts, sich etwas vorzumachen.

Die antragsstellende Fraktion ist einverstanden.

Stadträtin Heusel/SPD ist verwundert über eine Formulierung, aus der hervorgehe, dass es bereits ein Römerstüble gebe.

Erster Bürgermeister Baron weist darauf hin, dass es dieses noch nicht gebe, nun aber jeder wisse, wo es hinkommen solle.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.23 **Vorplanung Sanierungsgebiet Schmiedgassen**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.I äußert, dass die Umsetzung der lebenswerten Altstadt beschlossen worden sei. Im westlichen Teil seien die Schmiedgassen. Die Antwort der Verwaltungsspitze sei damals gewesen, dass man in das Sanierungsgebiet einsteige. Man halte es für sehr problematisch, wenn man es jetzt wieder viele Jahre hinausschiebe. Eine Euphorie komme bei der Antwort nicht auf, man werde sich in der Fraktion nochmals beraten.

Herr Hackner antwortet, dass es bei den Schmiedgassen keinen Stillstand gebe. Man bekomme nur drei Sanierungsgebiete genehmigt: Das westliche Stadttor verfolge man sehr intensiv. Außerdem die Altstadtquartiere, insbesondere Feuerwehr und WOHA sowie das Hardt. Sobald man die Altstadtquartiere abgearbeitet habe, könne man ein neues Sanierungsgebiet machen. Dann müsse man sich überlegen, ob es im Bereich der Schmiedgassen, aber auch weiter gedacht Richtung Norden, sei. Man packe es mittelfristig an, die Gedanken hierzu würden bereits laufen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es kein Stillstand sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.24 **Verbesserungsvorschläge interfraktionelle Radgruppe umsetzen**

Protokoll:

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.25 **Jährlicher Zuschuss an das Kulturcafe Paletti**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. führt aus, dass das Angebot des Mittagessens sehr gut angenommen worden sei. Es gebe stark gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise. Es habe Gespräche gegeben und er regt deshalb an, dass man zumindest einen Teilzuschuss zu bezahlen, damit die Spitze an Mehrbelastungen genommen werde. Er erkundigt sich, ob man einen Kompromiss erzielen könne.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass das Kulturcafé Paletti gute Arbeit leiste. Es sei ein tolles ehrenamtliches Engagement. Man habe auch viele Vereine, die in ihrem Feld viel leisten würden. Man habe ganz wenige Vereine, die pauschal einen Betrag überwiesen bekommen würden, die meisten würden nichts bekommen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD findet, dass es ein Unterschied sei, ob man einen Verein oder ein Café habe. Die Hallennutzung von Vereinen würde bei Vereinen die Stadt tragen.

Stadtrat Baumhauer/CDU führt aus, dass die Aussage von Stadtrat Beck inhaltlich falsch sei. Es zahle dort nicht die Stadt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.26 **Klimaaktionsplan für Schwäbisch Gmünd**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/s.ö.l. ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass man sich sehr freue, wenn man nun bereit sei, das klimapolitische Arbeitspapier umzusetzen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es aber auch um Ehrlichkeit gehe. Dann würden die Maßnahmen dastehen und dann müsste man entscheiden. Die deutsche Sprache in den Kitas und den Schulen sei ein wichtiges Thema in den nächsten Jahren. Man habe bisher 2024/2025 keinen Cent über das, was man sowieso geplant habe, eingestellt. Man brauche viel mehr Geld. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Gemeinderat dann sage, mache man nicht. Es sei gut, einen Plan zu haben. Dann habe man aber einen Plan, aber noch nicht das Ergebnis.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.27 Hallenbad**Protokoll:**

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.28 Stadtbibliothek**Protokoll:**

Die antragsstellende Fraktion ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass sie Bibliotheksnutzer angesprochen hätten. Man habe das Motto Bildung vor die Klammer. Dann müsste das Ausleihen eines Buches auch umsonst sein. Man zahle einen Jahresbeitrag und zusätzlich die Leihgebühr.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass Kinder bis 18 Jahren keine Gebühren bezahlen müssten. Mit der Jahresgebühr könne man so viel ausleihen wie man möchte. Die Jahresgebühr habe eine disziplinierende Wirkung. Außerdem benötige man auch ein paar Einnahmen.

**zu 2 Satzung über die Erhebung der Realsteuern
Vorlage: 226/2023****Protokoll:**

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

zu 3 Bekanntgaben**zu 3.1 RTL-Dokumentation****Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass die Stadt bei einer Medienanfrage keinen Einfluss auf die Inhalte nehmen, es gelte die Pressefreiheit. Zur familiären Situation könne man sich nicht äußern, man könne keine Gesundheitsdaten im Gemeinderat bzw. der Öffentlichkeit bekanntgeben, es gelte der Datenschutz.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 13

zu 4 Anfragen**zu 4.1 Zukunft der Klinik****Protokoll:**

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich seit der Besichtigung der Stauferklinik weitere Erkenntnisse oder Diskussionen ergeben hätten.

Oberbürgermeister Arnold verneint dies. Aber es sei gut gewesen, aus erster Hand informiert zu werden. Man solle sich Mittwoch, 13.03.2024 für eine gemeinsame Sitzung mit dem Gemeinderat Mutlangen vormerken.

zu 4.2 Hochwasserschutz**Protokoll:**

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass 450.000 Euro beim Hochwasserschutz eingeplant worden seien. 43.000 Euro seien umgesetzt. Sie erkundigt sich, wofür dieses Geld eingestellt worden was nicht umgesetzt worden sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es nochmal prüfen müsse, man werde beim nächsten Mal mehr dazu sagen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: